

**BUNDESKANZLERAMT  ÖSTERREICH**

GZ • BKA-410.071/0003-II/11/2008

ABTEILUNGSMAIL • IKT@BKA.GV.AT

BEARBEITER • HERR MAG DR BERNHARD KARNING

PERS. E-MAIL • BERNHARD.KARNING@BKA.GV.AT

TELEFON • (+43 1) 53115/7139

IHR ZEICHEN • BMGFJ-93500/0076-I/B/7/2008

Bundesministerium für Gesundheit, Familie  
und Jugend  
zH Dr. Sandra Wenda  
Radetzkystraße 2  
1030 WIEN

per E-Mail:  
sandra.wenda@bmgfj.gv.at

Antwort bitte unter Anführung der GZ an die Abteilungsmail

**Entwurf eines Bundesgesetzes über die berufsmäßige Ausübung der  
Musiktherapie (Musiktherapiegesetz - MuthG);  
Allgemeines Begutachtungsverfahren;  
Stellungnahme**

Sehr geehrte Frau Dr. Wenda,

zu dem mit der Note vom 25. März 2008 übermittelten im Betreff genannten Gesetzesentwurf erlaubt sich das Bundeskanzleramt, Bereich IKT, wie folgt Stellung zu nehmen:

Gemäß § 20 Abs. 1 des vorliegenden Entwurfs des MuthG haben sich Personen, die die selbständige oder unselbständige Berufsausübung der Musiktherapie in Österreich beabsichtigen, vor Aufnahme der Berufsausübung beim Bundesministerium für Gesundheit, Familie und Jugend mittels eines von diesem hiefür aufzulegenden Formblatts und unter eigenhändiger Unterschriftsleistung oder mittels elektronischer Signatur anzumelden und die zum Nachweis der entsprechenden allgemeinen und besonderen Voraussetzungen erforderlichen Urkunden vorzulegen.

Als Alternative zur eigenhändigen Unterschriftsleistung wird für den Fall der elektronischen Anmeldung somit auch die elektronische Signatur ausdrücklich angesprochen, was vom Bundeskanzleramt im Sinne der E-Government-Strategie grundsätzlich begrüßt wird, auch wenn dies – jedenfalls für die qualifizierte Signatur- vor

- 2 -

dem Hintergrund der grundsätzlichen Gleichstellung nach dem Signaturgesetz (SigG) idF BGBl. I Nr. 8/2008 (siehe nachfolgend) nicht zwingend erforderlich wäre.

Gemäß § 4 Abs. 1 SigG ist freilich nur die qualifizierte elektronische Signatur (§ 2 Z 3a SigG) der eigenhändigen Unterschrift – wie sie in § 20 Abs. 1 MuthG gefordert wird – rechtlich gleichgestellt. Um eventuelle Unklarheiten bei der Auslegung des § 20 Abs. 1 MuthG hinsichtlich der erforderlichen Qualität der elektronischen Signatur zu vermeiden, wird vorgeschlagen, die Formulierung „mittels qualifizierter elektronischer Signatur (§ 2 Z 3a SigG)“ zu verwenden.

Erläuternd darf darauf hingewiesen werden, dass die Bürgerkarte gem. § 2 Z 10 E-Government-Gesetz (E-GovG) idF BGBl. I Nr. 7/2008 ebenfalls auf einer qualifizierten elektronischen Signatur basiert.

8. April 2008  
Für den Bundeskanzler:  
KUSTOR

**Elektronisch gefertigt**